

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste***Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2007***

Am 24. Oktober hat die Kommission ihr Legislativ- und Arbeitsprogramm für 2007 vorgelegt und erläutert darin die Zielsetzungen und Maßnahmen, die sie zu verfolgen beabsichtigt. Mit dem Ziel einer konzentrierten Auseinandersetzung mit den Prioritäten differenziert die Kommission im Anhang zur Mitteilung nach strategischen Initiativen, vorrangigen Maßnahmen und solchen, die der Verbesserung des rechtlichen Rahmens dienen sollen. Ganz oben auf der Agenda stehen die Folgen der Globalisierung, das Thema Energie einschließlich Klimawandel und Energiesicherheit, Förderung der Wettbewerbsfähigkeit einschließlich Forschung und Entwicklung, Wirtschaftsmigration und Europäische Nachbarschaftspolitik. Das Arbeitsprogramm ist vor dem Hintergrund eines strukturierten Dialogs mit dem Europäischen Parlament und dem Rat entstanden und steht in Kürze auf der Tagesordnung des EP.

Das Arbeitsprogramm der Kommission für 2007, das in enger Zusammenarbeit mit Rat und EP auf der Basis der jährlichen Strategieplanung entstand, beschreibt die Prioritäten für das kommende Jahr und listet im ersten Teil des Anhangs 21 strategische und in einem zweiten Teil zahlreiche vorrangige Initiativen auf. Die Teile 3 und 4 umfassen die dem Bereich Rechtsvereinfachung zugeordneten Maßnahmen. Die Kommission verweist ausdrücklich auf die Bedeutung des neuen Komitologieverfahrens mit erweiterten Mitwirkungsrechten des Europäischen Parlamentes. Die ordnungsgemäße Anwendung des Gemeinschaftsrechts will sie zum Gegenstand einer strategischen Überprüfung machen. Durch Halbzeitbewertungen (Industriepolitik, KMU-Politik) sollen Fortschritte überprüft werden. Die neue Ordnung nach Wichtigkeit löst die gewohnte rein thematische Zuordnung ab, bedingt einzelne Mehrfachnennungen und auferlegt dem Leser die Zusammenführung der Maßnahmen zu den einzelnen Politiken.

Unter den strategischen Initiativen im ersten Teil finden sich neben Berichten und Mitteilungen der Kommission das Weißbuch über die gesundheitspolitische Strategie, das Grünbuch zum innerstädtischen Verkehr und das Grünbuch über den Klimawandel nach 2012, das Optionen für eine EU-Politik und die Perspektiven für eine internationale Zusammenarbeit aufzeigen soll. An Legislativvorschlägen listet die Kommission insgesamt 6 Richtlinienentwürfe auf, darunter eine allgemeine Rahmenrichtlinie über die Zuwanderung von Arbeitskräften und eine über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt

hoch qualifizierter Arbeitnehmer, einen Änderungsvorschlag zum Emissionshandel und einen Änderungsvorschlag zur Vollendung des Binnenmarktes für Strom und Gas. Unter den nicht-legislativen Maßnahmen sind eine Mitteilung zur strategischen Überprüfung der Energiepolitik in Europa, die sich insbesondere der Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit widmen wird und auf eine langfristige Ausrichtung einer Energiepolitik zielt. Die Kommission hebt auch die Bedeutung eines Berichtes zur Überprüfung des Binnenmarktes hervor und plant einen weiteren Bericht zum sozialen Wandel in Europa, mit dem eine breite Debatte angestoßen werden soll etwa über wirtschaftliche Chancen, Modelle des Familienlebens, die Herausforderungen alternder Gesellschaften, Armut und Ungleichheit (2007 wird das „Europäische Jahr der Chancengleichheit“), Hindernisse für soziale Mobilität bis hin zur kulturellen Vielfalt. Das Konzept der Flexicurity bleibt ein Thema für Vorschläge der Kommission mit dem Ziel einer Verbindung von Arbeitsmarktflexibilität mit einer soliden sozialen Sicherung. In einer weiteren Mitteilung will die Kommission einen systematischen Ansatz für die Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Bestimmungen im Bereich der Sozialdienstleistungen vorstellen. Für sichere, qualitativ hochwertige und effiziente Gesundheitsdienste will sie auf der Grundlage von Art. 152 EG einen Gemeinschaftsrahmen vorschlagen. Das bereits erwähnte Weißbuch über die gesundheitspolitische Strategie ergänzt diese Maßnahmen. Auch die Bereiche Meerespolitik und Weltraumpolitik

finden sich im ersten Teil des Anhangs wieder. So will die Kommission die Ergebnisse der Konsultation zum Grünbuch Meerespolitik im Rahmen einer Mitteilung in politische Schlussfolgerungen und Folgemaßnahmen umgießen. Eine andere Mitteilung widmet sich der Förderung der Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten für eine kohärente und umfassende europäische Weltraumpolitik der Koordination der bestehenden Programme.

Zu zahlreichen der strategischen und vorrangigen Initiativen (mit Ausnahme der Grün- und Weißbücher u.a.) kündigt die Kommission Folgenabschätzungen an, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Auswirkungen darstellen. Zum ebenfalls zentralen Thema der Besseren Rechtsetzung, für das der deutsche Kommissar Verheugen verantwortlich ist, stellt die Kommission eine strategische Übersicht für November 2006 in Aussicht.

Außenpolitisch bleiben die Themen Erweiterung und Verstärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) präsent. In einem Strategiepapier zur Erweiterung will die Kommission über die erzielten Fortschritte der beteiligten Länder berichten und die künftige Entwicklung umreißen. Bis Ende 2007 sollen die Verhandlungen über wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen im Rahmen der Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten abgeschlossen sein. Auch stehen Verhandlungen an mit wichtigen Partnern in Asien und Lateinamerika sowie Russland und der Ukraine. Unter deutscher Ratspräsidentschaft will die Kommission Vorschläge zur Stärkung der ENP erarbeiten mit dem Ziel einer weitergehenden wirtschaftlichen und handelspolitischen Integration, einer größeren Mobilität der ENP-Bürger in der EU und der Gründung eines Nachbarschaftsinvestitionsfonds. In einer Mitteilung kündigt sie an, über die Fortschritte der Umsetzung der Aktionspläne mit 11 Partnerländern zu berichten. Nach dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien bleibt auch das Thema Erweiterung erhalten im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen mit Kroatien (mit Auswirkungen auf das Konzept für den westlichen Balkan insgesamt) und der Türkei.

Im zweiten Teil des Anhangs sind Legislativakte und Mitteilungen zu den bereits genannten Themen und ergänzend zu anderen Politikbe-

reichen aufgelistet: der Konvergenzbericht 2007, eine Mitteilung über die Umsetzung nationaler Strategien für grünes öffentliches Auftragswesen, das Weißbuch über Hypothekarkredite, eine Mitteilung über abweichende Mehrwertsteuersätze, das Weißbuch zur Anpassung an den Klimawandel und nachfolgend mehrere Legislativvorschläge, darunter der Euro VI-Vorschlag und Rechtsakte über Industrieemissionen. Auch die Bereiche Forschung und IKT nehmen einen breiten Raum ein: angekündigt werden eine Mitteilung über den Europäischen Forschungsraum, eine Überprüfung der Strategie für Biowissenschaften und Biotechnik, ein Strategischer Plan für Energietechnologien, eine Richtlinie für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (die Kommission strebt auch hier die Schaffung eines wettbewerbsgeprägten Binnenmarktes an), die Entwicklung der sog. eInclusion-Strategie in Fortsetzung der Initiative i2010 sowie eine Mitteilung zur Stärkung des mobilen Fernsehens. Im Rahmen der nichtlegislativen Maßnahmen wird sich die Kommission mit der Bekämpfung der Cyberkriminalität befassen: zum einen mit Präventivmaßnahmen, zum anderen mit repressiven Maßnahmen. Im Bereich Verkehr gehören zu den vorrangigen Maßnahmen eine Mitteilung über ein Schienennetz für den Frachtverkehr, der Aktionsplan Güterverkehrslogistik, die Umsetzung des Programmes NAIADES (Binnenschifffahrt), eine Mitteilung zur europäischen Hafenpolitik, die die Ergebnisse der Arbeitsgruppen mit Wirtschaftsbeteiligten zusammenfasst sowie ein Verordnungsvorschlag über grenzüberschreitende Sanktionen bei der Straßenverkehrssicherheit. Außenpolitisch stehen Rahmenabkommen mit ASEAN-Ländern an sowie eine Mitteilung über allgemeine Leitsätze zur Förderung von Menschenrechten und Demokratie.

Im dritten Teil des Anhangs listet die Kommission zahlreiche bestehende Rechtsakte auf, die einer Überprüfung auf Vereinfachung unterzogen werden, darunter die Gemeinsame Marktordnung für Wein. Die insgesamt 47 aufgelisteten Akte, darunter zahlreiche Richtlinien und Verordnungen, werden entweder überarbeitet, neu gefasst oder aufgehoben. Gesondert aufgeführt werden abschließend 10 Rücknahmen anhängiger Rechtsetzungsvorschläge, die teils obsolet, teils ersetzt wurden.

Quelle:

- Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2007, KOM(2006) 629 endg., vom 24. Oktober 2006.

Heike Badenhausen, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614, E-mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de